

**Gesperrt bis zum Beginn -**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Rede von Leonie Gebers  
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und  
Soziales**

**Arbeit von morgen – den Strukturwandel begleiten**

anlässlich der Veranstaltung der FES  
„Impulse für die Innovationsregion Rheinisches Revier  
Strukturwandel = Jobwende?“

in Bergheim am 8. Oktober 2019

Redezeit: 10 Minuten

**[Einleitung: Studie und regionaler Bezug)**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Frau Dr. Kirchner,

erst einmal möchte ich Ihnen und Ihren  
Mitarbeitern ganz herzlich für Ihre Arbeit  
danken. Jeder Beitrag, der uns dabei hilft, den  
Fachkräftebedarf der nächsten Jahre besser  
einschätzen zu können, ist äußerst hilfreich.

**[Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“]**

Zunächst ein paar Worte zur Arbeit der **Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**:

Die Bundesregierung hat die Kommission im Juni 2018 eingesetzt. Anfang dieses Jahres hat die Kommission dann ihren Abschlussbericht vorgelegt. Es ist ihr gelungen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu der Frage herzustellen, wie der schrittweise Ausstieg aus der Kohleverstromung mit konkreten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven und neue Arbeitsplätze für die betroffenen Regionen einhergehen kann.

Die Bundesregierung hat die Arbeit der Kommission eng begleitet und setzt die Beschlüsse jetzt in konkretes gesetzgeberisches Handeln um. Ein erster Schritt ist das **Strukturstärkungsgesetz**, das einen inhaltlichen und finanziellen Rahmen für die Strukturhilfen für die betroffenen Regionen bis 2038 schafft. Der nächste Schritt wird ein sogenanntes **Kohleausstiegsgesetz** sein.

Für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist mir dabei besonders wichtig, dass es in den betroffenen Regionen konkrete Perspektiven für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze gibt.

## **[Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt]**

Der Strukturwandel ist eine der zentralen Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik. Dabei geht es aber nicht nur um den Klimawandel. Auch die fortschreitende Digitalisierung und der demografische Wandel haben erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt.

Allein in den nächsten sechs Jahren werden 1,3 Millionen Arbeitsplätze wegfallen. Gleichzeitig werden 2,1 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen<sup>1</sup>. Die Arbeit wird uns also nicht ausgehen, aber sie wird sich verändern. Denn der Jobabbau wird nicht immer in den Bereichen stattfinden, in denen Fachkräfte zum Teil bereits heute händeringend gesucht werden.

---

<sup>1</sup> BMAS-Prognose „Digitalisierte Arbeitswelt“, Februar 2019

Mit Ihrer **Studie** bestätigen Sie, **liebe Frau Dr. Kirchner**, unsere Einschätzung, dass die Energiewende insgesamt eher positive Beschäftigungseffekte hat. Auch der Aufwuchs in der Bauwirtschaft und der Rückgang im Automobilbereich zeichnen sich schon länger ab.

In Ihrer Studie wird aber auch deutlich, wie politisch sensibel die Energiebranche ist. Sowohl in der Solarbranche, als auch jetzt bei der Windenergie sehen wir, wie wichtig umsichtiges politisches Handeln ist. Es bedarf Planungssicherheit für die Akteure.

Wir haben aber nun auch gehört oder gelesen, dass die positiven Beschäftigungseffekte des Klimaschutzes hier in NRW weniger ausgeprägt sind und wir müssen uns fragen, wie wir damit umgehen.

**Hier im Rheinischen Revier** reden wir nicht über einen Zeitraum des Strukturwandels von Jahrzehnten. Hier geht es konkret bereits in den nächsten fünf Jahren los.

Noch kennen wir die Details des Kohleausstiegsgesetzes nicht. Die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und den Stromkonzernen dauern noch an. Aber Ende des Jahres werden wir einen konkreten Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung haben. Und es ist kein Geheimnis, dass zuerst Anlagen hier in der Region abgeschaltet werden sollen.

Das Rheinische Revier hat aber auch schon sehr konkrete Maßnahmen eingeleitet und mit dem Strukturstärkungsgesetz legen wir nun auch die langfristige finanzielle Unterstützung des Bundes fest.

Hier in der Region zeichnet sich – insbesondere mit Blick auf die Forschungsansiedlungen – schon ab, wohin die Entwicklung geht: **Sie werden Energieregion bleiben.**

Viele der heutigen Beschäftigten in der Braunkohle werden weiterhin für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der heimischen Industrie sorgen. Laut der Studie gehört die Branche „elektrischer Strom, Dienstleistungen der Elektrizitäts- Wärme- und Kälteversorgung“ mit einem Zuwachs von 4,5 Prozent bis 2050 zu den Gewinnerbranchen. Zuwachs wohlgernekt trotz demografisch bedingten allgemeinen Rückgangs.

Auf dem Weg dahin müssen wir aber einerseits sicherstellen, dass niemand zurückbleibt und andererseits, dass die Energiewende nicht am Fachkräftemangel scheitert. Oder – wie Minister Hubertus Heil es immer formuliert:

Wie schaffen wir es, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute in die Lage versetzt werden, die Arbeit von morgen zu machen?

Frau Dr. Kirchner, wie Sie in Ihrer Studie schreiben, hat das rheinische Revier den Vorteil, in räumlicher Nähe zu den Ballungszentren Köln, Düsseldorf und Aachen zu liegen. Hier ist auch viel verarbeitendes Gewerbe konzentriert, sodass der Verlust „im Prinzip“ abgefedert werden kann.“ Genau dieses „im Prinzip“ ist der springende Punkt und Ansatz für politische Unterstützung.

**[Arbeit-von-morgen-Gesetz]**

Der Schlüssel liegt in der **Weiterbildung der Beschäftigten.**

Das ist in erster Linie natürlich Aufgabe der Unternehmen. Aber dort, wo Unternehmen diese Aufgabe nicht allein bewältigen können, müssen sie bzw. die Arbeitnehmer dabei unterstützt werden.

Mit dem **Qualifizierungschancengesetz** haben wir bereits seit Beginn des Jahres die Möglichkeiten, um Weiterbildung in Unternehmen zielgerichtet zu unterstützen, ausgeweitet.

Das BMAS beabsichtigt, noch in diesem Jahr ein **Arbeit-von-Morgen-Gesetz** vorzulegen. Es geht darum, Transformationsprozesse zu begleiten, damit Beschäftigte in Arbeit bleiben. Es geht darum, diejenigen, deren Jobs wegfallen, für neue Tätigkeiten zu qualifizieren. Und es geht darum, dass die Menschen nicht den Anschluss verlieren.

Um das zu erreichen, wollen wir den **Handlungsspielraum der Bundesagentur für Arbeit erweitern**, wenn es um die Förderung von beruflicher Weiterbildung geht. Wir wollen die **Möglichkeiten für Weiterbildung in den Transfergesellschaften verbessern**.

Und wir wollen auch die **Chancen für Menschen ohne Berufsabschluss erhöhen**. Sie sollen einen Anspruch auf Nachholen eines Berufsabschlusses erhalten.

All diese Maßnahmen sollen dabei helfen, dass die Menschen mit dem Strukturwandel Schritt halten können. Das gilt vor allem auch, aber nicht nur, für die Menschen, die ganz unmittelbar von der Energiewende betroffen sind. Einen entsprechenden Gesetzentwurf wollen wir noch in diesem Herbst vorlegen.

### [Anpassungsgeld]

Auch wenn wir Beschäftigungseffekte der Energiewende positiv einschätzen, so darf ein Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: Die Industriearbeitsplätze, die wegfallen, werden **häufig tariflich vergütet** und damit **vergleichsweise gut bezahlt**. In Branchen, in denen händeringend nach Mitarbeitern gesucht wird, sind die Gehälter oftmals deutlich niedriger [z. B. soziale Berufe].

Dies kann vor allem für ältere Beschäftigte zu Härten führen. Sie haben oft nicht mehr die Möglichkeit, sich beruflich vollständig neu zu orientieren und auf längere Sicht Gehaltseinbußen wieder auszugleichen.

Die Kommission hat sich deswegen auf ein **Anpassungsgeld – Braunkohle** – verständigt, das für alle Beschäftigten in Braunkohleunternehmen ab 58 Jahren gelten wird. Damit sollen Übergänge erleichtert und der Kohleausstieg sozialverträglich gestaltet werden. Innerhalb der Bundesregierung ist das Bundesministerium für Wirtschaft für das Anpassungsgeld fachlich zuständig. Es wird ein Bestandteil des Kohleausstiegsgesetzes werden, das ebenfalls noch in diesem Jahr vorgelegt werden soll.

Anrede,

wir stehen vor großen Herausforderungen. Und wenn wir zum Beispiel über Klimawandel, Kohleausstieg, Digitalisierung oder auch den Brexit sprechen, dürfen wir dabei die Menschen nicht aus dem Auge verlieren. Es sind die Beschäftigten, die die Auswirkungen des Strukturwandels ganz unmittelbar spüren. Ihnen müssen wir Perspektiven bieten und dürfen sie nicht mit den Folgen allein lassen.

Vielen Dank!